

Rückgabe der Abacha-Gelder: Erfolgsstory oder Pleite?

Das Bundesgericht wird in diesen Tagen über die Rückgabe der in der Schweiz blockierten Abacha-Gelder entscheiden. Von Seiten der Schweiz sowie von den nigerianischen und der Schweizer NGO-Koalition werden grosse Anstrengungen unternommen, um sicherzustellen, dass die zurückerstatteten gestohlenen Vermögenswerte auf transparente Weise verwendet werden. Unklar bleibt weiterhin, wer tatsächlich von diesen Geldern profitieren wird.

Lis Füglistner

Die von Abacha gestohlenen und gegenwärtig in der Schweiz blockierten 500 Mio. US-Dollar sollen nach Nigeria zurückgeführt werden und in den sozialen Sektor fliessen. Darüber sind sich die Verhandlungsparteien aus der Schweizerischen und der nigerianischen Regierung sowie aus den NGO-Koalitionen beider Länder inzwischen einig. Die nigerianische Regierung hat zudem ihren Willen zu einem transparenten Budgetverfahren bekräftigt. Dadurch erhofft sie sich, das schlechte Image Nigerias als einer der korruptesten Staaten auf internationaler Ebene entgegenwirken zu können. Doch das Netzwerk der nigerianischen Nichtregierungsorganisationen ist skeptisch. Zu Recht, denn ihre Forderungen nach Mitsprache bei der Budgetplanung sowie nach einer Beteiligung am Monitoringprozess stossen bei der nigerianischen Finanzministerin auf taube Ohren. Auch bei der Frage der Verwendung der Gelder müssen Zweifel an der Glaubwürdigkeit der nigerianischen Regierung aufkommen. Laut einer Pressemitteilung von Anfang Januar 2005 soll mit den erwarteten Abacha-Geldern aus der Schweiz das im Jahr 2004 erwirtschaftete Budgetdefizit von 200 Mio. US-Dollar gedeckt werden. Schon die Tatsache, dass die nigerianische Staatskasse in einem Jahr, wo das Öl exportierende Land aufgrund des steigenden Erdölpreises ausserordentlich hohe Einnahmen erwirtschaftet hat, ein Budgetdefizit ausweist, muss stutzig machen.

Es darf nicht sein, dass die Rückgabe der Abacha-Gelder dazu dient, Misswirtschaft und korrupte Geschäftstätigkeiten zu decken. Gemeinsam mit dem nigerianischen NGO-Netzwerk fordern wir deshalb:

- Die Gelder müssen *zusätzlich* zu den für den sozialen Sektor budgetierten Ausgaben in vorgängig klar definierte Projekte fließen, die tatsächlich den ärmsten Bevölkerungsschichten Nigerias zu Gute kommen.
- Eine unabhängige internationale Projektbegleitung und -evaluation muss garantiert sein.
- Eine vollständig transparente Offenlegung der Verwendung der Gelder muss gewährleistet sein.

Von Seiten der Schweizer Regierung erwarten wir eine klare, kompromisslose Haltung bezüglich des von der Finanzministerin bestätigten Verwendungszwecks und bezüglich eines transparenten, unabhängigen Kontrollverfahrens über die tatsächliche Verwendung der Gelder. Presseäußerungen, die am Rande des Weltwirtschaftsforums in Davos nach informellen Gesprächen erfolgten, lassen befürchten, dass von nigerianischer Regierungsseite versucht wird, die Schweiz ebenso wie die nigerianische Zivilbevölkerung vor vollendete Tatsachen zu stellen. Geheimdiplomatie und das Vorpreschen einzelner Exponenten nützen der Sache nichts und gefährden die schwierigen Aushandlungen.

Die Beharrlichkeit der Schweiz in diesem heiklen Aushandlungsprozess wird entscheiden, ob der Fall Abacha zu einer international anerkannten Erfolgsstory in Sachen Rückführung von Potentatengeldern oder zu einem weiteren peinlichen Kapitel in der Geschichte der Schweizer Finanzplatzpolitik wird.